

# Herriot verdächtigt Deutschland

## Gegen Deutschlands Gleichberechtigung.

Eine Rede Herriots.

Während eines Festessens zu Ehren des französischen Ministerpräsidenten in Gramat beschäftigte sich Herriot mit der Abrüstung, Sicherheit und der deutschen Gleichberechtigungsforderung. Herriot benutzte die Gelegenheit, um gegen die deutsche Forderung Stellung zu nehmen und die Reichsregierung der offenen Verletzung des Versailleser Vertrages zu beschuldigen.

### Die Schaffung des Reichskuratoriums für Jugendberückung

Bezeichnete Herriot als die Vorbereitung der Jugend zum Kriege. Wir führen, so betonte Herriot weiter, die Politik des Völkervertrages, vor der alle Völker gleich sind und die mit dem geheimnisvollen Prozedere bricht, aus denen so viele Kriege hervorgegangen sind. Wir stellen mit Freuden fest, daß wir nicht die einzigen sind, die erklären, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands

### die Wiederkehr neuer Wahnsinnsstaaten

bedeuten würde. Denn es handelt sich um eine Wiederaufrüstung Deutschlands. An Beweisen dafür mangelt es auch außerhalb der sehr deutlichen Rundgebung nicht. Der Erlass vom 13. September organisiert die Jugend in einer Weise, die sie dazu eignen soll, Waffen zu tragen. Es ist eine der größten Traurigkeiten unserer Zeit, wenn man zusehen muß, wie die neue Generation, die eigentlich von der traurigen Erfahrung ihrer Väter gelernt haben sollte, zu Übungen herangezogen und an Handlungen gewöhnt wird, die nichts mit der moralischen Abrüstung und mit dem Frieden gemeinsam haben. Wie kann man Kindern die Kunst zu töten beibringen? Welcher Schwund, dauernd von der materiellen Abrüstung zu sprechen, wenn nichts getan wird, um die moralische Abrüstung zu ermöglichen. Frankreich, das man so oft böswillig verleumdet hat, kann die Welt zum Zeugen dafür antufen, daß es nicht von dieser Stunde befallen ist und daß seine nationale Erziehung andere Ziele verfolgt.

Herriot wies sodann auf eine Reihe von Aristokraten angelegener französischer Militärs hin, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß Deutschland ein mächtiges Heer aufstellen wolle, nicht nur zur Aufrechterhaltung der Landesverteidigung, was man als vollkommen berechtigt anerkennen würde, sondern das gleichzeitig als Angriffsheer dienen soll. Man müsse sich fragen, ob Deutschland heute wie zur Zeit der Befreiungskriege nicht ein Heer oder gar ein doppelseitiges Heer aufstellen wolle, um einen entscheidenden Schlag gegen den Gegner zu führen, für den die Landesverteidigung nur eine Form des Bürgerkriegs sei.

### Zur Frage der Abrüstung

erklärte Herriot u. a., es sei wahr, daß die Verbündeten des letzten Krieges versprochen hätten, abzurüsten. Man vergesse zu oft nicht nur das Vorwort des 5. Teiles des Versailleser Vertrages, sondern auch das von Clemenceau im Namen der Verbündeten überreichte erläuternde Dokument, das feststelle, daß die Abrüstung Deutschlands den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung darstelle. Die englische Denkschrift vom 15. September zeige deutlich, daß das Vorwort des 5. Teiles dem Vertrag nicht seinen verbindlichen Charakter nehme. Ich glaube, erklärte Herriot, in meiner Antwort an Deutschland bewiesen zu haben, daß Frankreich in weitgehendem Maße zur Rettung der Abrüstungskonferenz im Juni und Juli beigetragen hat.

### Herriot ging dann weiter auf

#### die Frage der Sicherheit

ein. Die Völker wünschten den Frieden, aber noch mehr die Sicherheit. Der organisierte Frieden müsse die völlige Ausschaltung der Gewalt als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte mit sich bringen, d. h. die klare und deutliche Verpflichtung für die Parteien, sich Schiedssprüche zu fügen und, im Falle des Zuwiderhandelns eines Staates, die Pflicht zur sofortigen Intervention mit allen Mitteln an der Seite des Staates, dessen Rechte verletzt sind, an der Seite des gesamten Völkerbundes. Diese Doktrin sei auch heute noch diejenige Frankreichs. Man muß ein Friedensstatut errichten, das alle europäischen Völker in dem gleichen Zustand der Sicherheit vereint und das selbstverständlich Deutschland seine volle Sicherheit garantiert. Er glaube zu wissen, daß hervorragende Mitglieder des Völkerbundes gegenwärtig ein Programm ausarbeiten, das die Abrüstung in ein Verhältnis zur Sicherheit stellt.

Unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtige Frankreich, auf der

#### völligen Achtung der Friedensverträge

und der Völkervertragsung zu verharren. Frankreich habe seine Grenzen den deutschen Waren geöffnet und Deutschland habe im Jahre 1931 einen Einfuhrüberschuß von 338 Millionen Franc untergebracht. Man weiß uns dafür keinen Dank. Aber wir beteiligen uns nicht an den Machenschaften, die uns umgeben.

## Berlin weist die Verdächtigungen energisch zurück.

Berlin, 25. September. Die Rede Herriots in Gramat ist, wie in Berliner politischen Kreisen erklärt wird, nicht sonderlich geeignet, die Bemühungen um die Wiederingangsetzung der ins Etoden geratenen Abrüstungsverhandlungen zu fördern. Sie enthält eine ganze Reihe von falschen Behauptungen über Deutschland. Wenn Herriot erklärt, es komme Deutschland nur auf eine Wiederaufrüstung an, so vergißt er, daß von deutscher Seite immer wieder nachdrücklich erklärt worden ist, Deutschland werde jede Abrüstungsmaßnahme begrüßen, sofern die deutsche Gleichberechtigungsforderung anerkannt würde. Besonders unangenehm berührt haben in Berlin die gebissenen und der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Äußerungen Herriots über den Zweck des Kuratoriums für Jugendberückung, das bekanntlich keinerlei militärischen Charakter haben soll. Auch die Ausführungen Herriots über die sogenannten moralische Abrüstung fallen angeht, die gerade sich in letzter Zeit häuften Dekrete französischer Militärs und Politiker auf Frankreich zurück. Wenn weiter Deutschland sich um die Organisierung seiner Verteidigung innerhalb der Grenzen des Versailleser Vertrages bemüht, so hat Herriot nicht das Recht, uns hieraus einen Vorwurf zu machen. Auch der übrige Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten enthält alle

möglichen Epithetendigungen, die der Sachlage in keiner Weise gerecht werden und auf die einzugehen sich nicht lohnt, da sie nur eine Wiederholung des hinlänglich bekannten französischen Standpunktes von der nationalen Sicherheit sind, die jeder Abrüstung vorausgehen habe. Als geradezu lächerlich werden in Berliner politischen Kreisen die Angaben Herriots über die ziffermäßige Verminderung der französischen Truppenstärke seit dem Kriege bezeichnet. Es ist nicht anzunehmen, daß Herriot von militärischen Dingen so wenig versteht, als daß er nicht wüßte, daß die Motorisierung der französischen Armee in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht hat, so daß die Verminderung der Kopfzahl durchaus keinen Ausgleich hierfür bietet. Im Gegenteil hat die Offensivkraft des französischen Heeres durch den Ausbau der militärischen Technik nach Auffassung aller militärischen Sachverständigen stark gewonnen. Die Herbstmanöver der Reichswehr bei Frankfurt haben bewiesen, wie stark ein Heer benachteiligt ist, das auf alle diese technischen Hilfsmittel verzichtet muß. Daß die Franzosen für die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, für die Herriot den deutschen Dank verrät, in Gestalt des Dawes-Planes bzw. des Young-Planes ein außergewöhnlich gutes Geschäft gemacht haben, scheint Herriot ebenfalls vergessen zu haben. Der einzige positive Gedanke in der Rede des französischen Ministerpräsidenten scheint sein Wort vom „neuen Friedensstatut“ zu sein. Ob dieser Gedanke vielleicht bei späteren Erörterungen noch eine Rolle spielen wird, dürfte vom Gang der Genfer Verhandlungen abhängen.

## Mussolinis Kabinettschef bei Neurath.

### Unveränderte Haltung Italiens.

Der Kabinettschef Mussolinis, Botschafter Baron Aloisi, stiftete dem Reichsaußenminister im Hotel Carlton in Genf einen Besuch ab. Die längere Unterredung trug einen ausgesprochen vertrauensvollen und freundschaftlichen Charakter. Die Übereinstimmung, die zwischen der deutschen und der italienischen Regierung in der grundsätzlichen Haltung zur Abrüstungsfrage besteht, ist in dieser Unterredung von neuem zum Ausdruck gekommen.

Es veranlaßt, daß die italienische Abordnung angewiesen ist, den deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsforderung im Falle einer öffentlichen Aussprache weitgehend zu unterstützen. Die italienische Auffassung wird dahin gekennzeichnet, daß die Abrüstungskonferenz jetzt zu einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen gerade der Großmächte führen müsse. Für den Fall eines ergebnislosen Verlaufes der Konferenz könne keinem Staate das Recht auf nationale Sicherheit und Durchführung der hierzu nötigen Maßnahmen bestritten werden. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird auf italienischer Seite als juristisch und moralisch einwandfrei bezeichnet. Es kann angenommen werden, daß in der Unterredung zwischen Neurath und Aloisi die italienische Auffassung in dieser Richtung deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

## Bisher keine Entscheidung in Genf.

Die Unterredung zwischen Henderson und Neurath, der Reichsaußenminister Herr. von Neurath hatte eine Unterredung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, die auf einen persönlichen Wunsch des Präsidenten zurückging. Von amtlicher deutscher Seite wird dazu mitgeteilt, daß man lediglich die Auswirkung, die die gegenwärtige Situation in der Abrüstungsfrage herbeiführt hat, in freundschaftlicher Form durchbesprochen hat. Irigendwelche Entscheidungen konnten von den beiden Herren nach Lage der Sache nicht getroffen werden.

Es kann angenommen werden, daß bei dieser Unterredung auf deutscher Seite ferner die Gründe dargelegt wurden, aus denen heraus eine Antwort auf den Brief Hendersons an den Reichsaußenminister nicht erfolgt ist. Solange die deutsche Gleichberechtigungsforderung nicht angenommen ist, liegt für die deutsche Regierung keine Veranlassung vor, in offizielle Verhandlungen mit dem Präsidenten oder dem Büro der Abrüstungskonferenz einzutreten.

## Beabsichtigte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister gegen Streikdrohungen. In einer Unterredung über die Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit wurde Reichsarbeitsminister Schäffer darauf hingewiesen, daß in einer Reihe von Betrieben die Durchführung der Verordnung auf Schwierigkeiten zu stoßen scheint. Verschiedentlich seien auf die Ankündigung der Verksleitung hin, daß die Arbeitnehmerzahl durch Neueinstellungen erhöht werde und demzufolge eine der Verordnung entsprechende Lohnkürzung eintrete, die Arbeiter in den Streik getreten. Auch seien Äußerungen einzelner Gewerkschaftsführer bekannt geworden, die mehr oder minder unverhüllt eine Sabotage der Verordnung ankündigten. Welche Haltung nehme die Reichsregierung gegenüber solchen Versuchen ein?

Der Minister erwiderte darauf folgendes: „Es trifft zu, daß in einzelnen Betrieben Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen haben, weil der Arbeitgeber ein ihm nach der Verordnung zustehendes Lohnminderungsrecht ausgeübt hat, und daß in anderen Betrieben die Arbeiter durch Drohung mit Streik den Arbeitgeber nötigen, die Ausübung dieses Rechtes zu unterlassen. Im Interesse der Arbeitslosen und zu Ehren der Gewerkschaften hoffe ich, daß neue Nachrichten das Übertrieben der Meldungen dazum; denn ich weiß, daß in vielen Betrieben die Verordnung tatsächlich durchgeführt wird. Grundsätzlich bin ich noch nicht geneigt, daran zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug gedurft haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen.“

Vor zwei Tagen hat im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die Arbeitergruppe mit Unterstützung meines Vertreters die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, um für die Erwerbslosen Arbeitsplätze zu gewinnen. Wenn jetzt in Deutschland der Streik zunimmt und nicht bloß die Fortdauer der Arbeitslosig-

keit, sondern neuentweise sogar den Verlust der bisherigen Arbeit zur Folge hat, dann muß ich allerdings gestehen, daß das tatsächliche Verhalten der Arbeiter in Deutschland mit den Forderungen in Genf in unlösbarer Widerspruch steht. Es scheint mir zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmaßnahmen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrages als eine volle Erfüllung der tarifvertraglichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen, erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das. Wie es scheint, sehen aber manche noch nicht ein, daß — wenn die Friedenspflicht verneint oder harmnädig verletzt wird — der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird.

Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftsplanes die Arbeitslosenziffer sinkt. Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzung eintreten kann. Auf alle Fälle hält die Reichsregierung an ihrem Wirtschaftsplane und an der Verordnung fest.“

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 26. September 1932.

Wilsdruff, am 26. September 1932.			
Werkblatt für den 27. September.			
Sonnenaufgang	5 <sup>14</sup>	Mondaufgang	1 <sup>10</sup>
Sonnenuntergang	17 <sup>11</sup>	Monduntergang	16 <sup>11</sup>
1914: der Dichter Hermann Löns gefaßt.			

Auch die „Rasselbude“ war von herrlichem Wetter begünstigt. Der Sonne Herbstspieß lockte hinaus zum Wandern und auch zur Einklein in unsere Stadt. Es waren wieder viele Besuchsstreife da, die zum großen Teile sich bereits die Marktmauer der Städtischen Orchesterschule anlehnten, nun schon wieder die letzte in diesem Jahre. Am Nachmittag marschierten mit den Marschweifen der Stadtkapelle die Schützen wieder zur Festwiese und eine lange Reihe der Besucher reichte sich an. Hier riß der Betrieb bis zum Abend nicht ab. Nachdem die Hieranten heute Montag nachmittag für die Kinder ein Fest veranstalten, soll am Abend ein großes Feuerwerk abgebrannt werden. Da es seit langen Jahren wieder einmal das erste ist, was hier abgebrannt wird, dürfte es viel Publikum nach dem Schützenplatze locken.

Einklein in unsere Stadt hielten gestern nachmittag in der 3. Stunde etwa 60 Mitglieder der Landesgruppe Sachsen des Riesengebirgsvereins, die unter Leitung von Syndikus E. F. E. Dresden steht. Die Damen und Herren waren um 10 Uhr in Leutewitz aufgebrochen und durch den Schöner Grund über Steinbach und Kaufbach gewandert. Nach einem gemeinsamen Besuch der „Rasselbude“ trafen sie im „Wöden“ wieder zusammen, wo sie bei Gesang und Unterhaltung einige frohe Stunden verlebten.

Die Heimatsammlung sah vorigen Sonnabend das freiwillige Arbeitslager Wilsdruff in Stärke von 40 Mann zu Gasse.

Betriebsleiter Madle f. In den ersten Nachmittagsstunden des Sonnabend wurde Betriebsleiter i. R. Josef Madle von langem schwerem Leiden durch einen sanften Tod erlöst. Als im Jahre 1900 die Stadt das neue Elektrizitätswerk baute, da war er dabei als Angestellter der Firma Pöge-Chemnitz tätig. Nach der Fertigstellung des Werkes wurde er am 16. März 1901 als technischer Leiter desselben in Pflicht genommen. Mit peinlichster Gewissenhaftigkeit hat er sein Amt 33 Jahre lang ausgeübt. Am 1. April 1932 trat er in den Ruhestand, nachdem das städtische Werk an die Kraftwerke Freital verkauft worden war. Einige Zeit leitete er noch den Betrieb, bis derselbe gänzlich nach Freital verlegt wurde. Die Segnungen des Ruhestandes konnte er nur wenige Jahre genießen. Ein Schlaganfall warf ihn aufs Krankenlager, von dem er nie wieder gesund aufstand. Der Tod war ihm nun wirklich Erlöser. Leicht sei ihm die Erde!

Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung in der „Tonhalle“ ab. Tischlermeister Heeger eröffnete sie mit begrüßenden Worten und gab die Tagesordnung bekannt. Unter Eingänge fand ein Schreiben des Stadtrates besonderes Interesse, in dem wegen der vom Verein geforderten Rattenvergiftung die tatkräftige Mithilfe des Hausbesitzes gefordert wurde, da bei der letzten Rattenvergiftung viele Hausbesitzer den stadtträllischen Anforderungen nicht Folge geleistet hätten. Nach längerer Aussprache wurde der Vorstand beauftragt, dem Stadtrat mitzuteilen, daß der Verein die Vergiftung weitgehend unterstützen wird. Eine Antwort auf das weitere Gesuch an den Stadtrat wegen Herabsetzung der Wohnungsfreigrenze von 250 auf 180 RM. war noch nicht eingegangen. Aufmerksamkeit machte der Vorsitzende noch auf den Vortrag, den Syndikus Tögel-Cosmannsdorf morgen Dienstag abend im „Ablet“ über eine Reise durch Frankreich hält. Die Mitglieder werden gebeten, den Vortrag zahlreich zu besuchen. Kenntnis genommen wurde weiter von einem Schreiben der Chemnitzer Versicherungsgesellschaft, deren Sitzungen zur Verteilung kamen. Zum Schluß behandelte man noch eine Reihe Steuer- und Hypothekenfragen.

Anonym ist zwecklos! Beim hiesigen Gendarmereiposten II geben fortgesetzt anonyme Schreiben ein, in denen Angaben über gewisse Straftaten gemacht werden. Denselben kann aber nur nachgegangen werden, wenn sich der Schreiber zwecks einer Aussprache in der Wohnung des Gendarmereipostens II, Landbergweg, einfindet. Strengste Verschwiegenheit des Namens wird zugesichert.

Ein Damenrad gestohlen. In den zeitigen Abendstunden des Sonnabend wurde ein Damenrad am Gasthofe in Grumbach gestohlen. Marke „Mars“, Nummer unbekannt, leichtgebogene Lenkstange, braune Gummigriffe, schwarzer Rahmen, schwarze Schutzbleche, mit Kleberschutz, Pedale mit Gummi- und Bereifung grau, braune Werkzeugsacke. Sachdienliche Bahnebnungen erbittet der Gendarmereiposten Wilsdruff II, Landbergweg.

Betrügerischer Abonnentenjammer für die „Deutsche Kolonialzeitung“. Wer ist noch geschädigt? Die Kriminalabteilung Freiberg teilt mit: Der von dem Gendarmereiposten in Röhrsdorf festgenommene 44 Jahre alte Mechaniker Friedrich Schmaßl aus Mühlheim a. b. Ruhr hat seit etwa Mai 1932